

Rede zur Energie- und Atompolitik

"Wer nicht betriebsblind ist, der weiß: Wir dürfen dafür keine Zeit mehr verspielen. Überfällig ist nicht nur eine breit angelegte Mobilisierung neuer Technologien."

Es gilt das gesprochene Wort

"Täglich wird es offener: Die Energieversorgung wird zur zentralen wirtschafts-, sozial-, umwelt- und sogar sicherheitspolitischen Herausforderung für Wirtschaft und Gesellschaft. Sie stellt uns vor völlig neue politische und wirtschaftliche Anforderungen. Das betrifft nicht nur die internationale Politik, die Europapolitik und die Bundespolitik, sondern auch in einem starken Maße die Landes- und die Kommunalpolitik. Energiepolitik wird weit über die Wirtschafts- und Umweltressorts hinaus zur übergreifenden Politik. Sie betrifft auch die Bau-, Agrar-, Verkehrs-, Technologie- und Bildungspolitik. Sie wird „Chefsache“.

Alle müssen sich die Frage stellen, ob wir den vielfältigen Gefahren der überkommenen Energieversorgung angemessen begegnen. Alle müssten heute wissen, dass mit einer bloßen Fortschreibung der jetzigen Energieversorgung keine wirtschaftliche, soziale und ökologische Zukunftssicherung möglich ist. Immer noch sind wir zu über 90% von fossilem und atomarem Energieeinsatz abhängig. Allein Hessen ist in der Stromversorgung zu fast 60% abhängig von der Atomenergie,

zu 23% von der Steinkohle und zu 12% vom Erdgas. Das heißt: Zu 95% von zugelieferter Primärenergie. Auf dem Kraftstoffsektor sind wir, wie die gesamte Bundesrepublik, zu 97% von Importen von weit außerhalb Deutschlands abhängig, und ungefähr gleiches gilt für die Wärmeenergie der Haushalte. Aber alle wissen, dass sich das in keiner Weise mit den galoppierenden Klimagefahren verträgt.

Alle wissen auch um die besonderen Gefahren der Atomenergie, nur dass es nicht alle wissen wollen. Atomanlagen müssten 100prozentig fehlerfrei sein, um verantwortlich betrieben werden zu können. Aber dieser Anspruch überfordert Menschen und Technologie. Alle wissen, dass die atomare wie die fossile Energieversorgung weltweit von wenigen Förderplätzen und deren Ländern abhängig ist. Das hat uns existenziell erpressbar und verwundbar gemacht. 60% der Jahresförderung von Erdöl kommt von nur 40 so genannten Riesenfeldern, etwas 30 davon befinden sich in politisch instabilen islamischen Staaten.

Alle wissen, dass die natürlichen Reserven vor allem von Erdöl, Erdgas und Uran in den nächsten Jahrzehnten weitgehend erschöpft sein werden – dass aber demgegenüber gleichzeitig der Weltenergiebedarf wächst. Eine Folge sind weltweit steigende Preise und sich verschärfende Konflikte um den Zugang zu den Ressourcen, der schon lange begonnen hat. Eine weitere Folge ist ein beschleunigter wirtschaftlicher Konzentrationsprozess zu internationalen Energieoligopolen und –monopolen. Und das bedeutet nochmalige Preissteigerungen. Nicht zufällig steigen die Gewinne der Stromkonzerne und der

Mineralölkonzerne auf historische Rekordhöhen – zu Lasten der Allgemeinheit und der sonstigen produzierenden Wirtschaft. Und alle wissen, wenn sie weiterdenken, was die Perspektive sein muss: Wir müssen atomare und fossile Energien durch Erneuerbare Energien ersetzen und die Nachfrage Energieeinsparung und Energieeffizienz verringern.

Wer nicht betriebsblind ist, der weiß: Wir dürfen dafür keine Zeit mehr verspielen. Überfällig ist nicht nur eine breit angelegte Mobilisierung neuer Technologien. Die anstehende Energiewende ist auch eine ordnungspolitische Herausforderung, um den übergroßen Einfluss der Energiekonzerne zu brechen. An Lippenbekenntnissen zu Erneuerbaren Energien mangelt es nicht. Aber in der Praxis überwiegen Ausreden und das Verschanzen hinter vorgeschobenen Sachzwängen - oder es werden in Wahrheit ganz andere Ziele verfolgt. Das gilt besonders für die hessische Landesregierung.

In den sieben Jahren rot/grüner Koalition ist es Deutschland gelungen, sich mit dem Erneuerbaren Energie-Gesetz weltweit an die Spitze des Wechsels zu Erneuerbaren Energien zu setzen. Wir haben die meisten Produzenten, die besten Technologien und stellen den größten Markt. Mehr als 170.000 neue Arbeitsplätze sind bereits entstanden. Seit Jahren haben wir hier Wachstumsraten von 30%, mehr als in jedem anderen Feld. Mit Instituten wie dem ISET in Kassel und Firmen wie Wagner in Marburg oder die SMA in Kassel ist „Hessen vorn“. Aber hinten ist die Regierung Koch. Seit diese im Amt ist, wurde

nicht nur die Landesförderung für Erneuerbare Energien zusammengestrichen. Zwar hat Herr Koch im vergangenen Jahr in Kassel anlässlich der Einweihung eines imposanten Solardachs gesagt: „Keiner möchte die durch das Erneuerbare Energie-Gesetz in Gang gebrachte, positive Entwicklung stoppen.“ Aber die Regierung Koch hat im Bundesrat stets gegen dieses Gesetz gestimmt.

Die deutschen Stromkonzerne, für die das Gesetz ein Dorn im Auge war und ist, ließen im Sommer 2005 schon die Sektkorken knallen. Sie wähten sich eines CDU/CSU/FDP-Wahlsiegs sicher – und damit eines Kippens des Erneuerbaren Energie-Gesetzes sowie einer so genannten Renaissance der Atomenergie. Weil die SPD darauf bestand, haben wir heute das EEG und den Atomausstieg bis 2020. Und das ist gut so.

Man könnte den Eindruck gewinnen, dass die CDU zumindest was die positiven Äußerungen zur Bioenergie angehen zu einer positiven Einstellung zu Erneuerbaren Energien gekommen sei. Aber vieles lässt daran zweifeln. Unüberhörbar sind Stimmen aus der CDU, die das Erneuerbare Energie-Gesetz bei der 2008 anstehenden Novelle zum Steinbruch machen wollen. Und dann gibt es auch noch den Versuch mit bürokratischen Schikanen die die Umsetzung des EGG zu verbauen.

Mit Erneuerbaren Energien könnten wenige Großkraftwerke durch viele mittlere und kleinere Anlagen ersetzt werden. Dafür braucht man Standorte. Über deren Genehmigung wird in der Landespolitik entschieden. Was aber in Hessen vorherrscht, ist

keine Genehmigungs-, sondern eine Verweigerungspraxis.

Die CDU-Regierung will mit ihrem Regionalentwicklungsplan Hessen zum Ausschlussgebiet gegen die Windenergie machen und hintertreibt damit das EEG. Offiziell geschieht das im Namen des Landschaftsschutzes. Aber darum geht es gar nicht. 2000 Windkraftanlagen, breit gestreut in die Landschaft integriert, können heute die Produktionsmenge beider Biblis-Reaktoren ersetzen. Damit würden grob gerechnet etwa 5000 Hochspannungsmasten in Hessen überflüssig, die unsere Flußauen und Mittelgebirgshänge verschandeln, um den Strom aus den Atommeilern in die weiteren Versorgungsnetze zu übertragen. Generell gilt: Wer Erneuerbare Energien willkürlich verhindert, der will uns künstlich abhängig halten von den klima-, umwelt- und gesundheitsschädigenden atomaren und fossilen Energien.

Ginge es ihr wirklich nur um eine sinnvolle Harmonisierung von Landschaftsschutz und Windkraftnutzung, dann hätte die Landesregierung schon längst in ihrer Landesplanung Vorranggebiete für Windkraftstandorte entlang der belasteten hessischen Bundesfernstraßen und Eisenbahnlinien abmessen und ausweisen können. Längst hätte sie das topographisch geeignete Potential für neue Pumpspeicherwerke zur Speicherung von Wind- und Solarstrom erfassen lassen. Ginge es ihr ernsthaft um den Ausbau erneuerbarer Energien, so hätte sie längst eine eigene Vorbildrolle übernehmen und auf den Schulen und öffentlichen Einrichtungen des Landes zukunftsweisende Solardächer, finanziert über das EEG,

installieren lassen können. Die Wahrheit ist, sie wollen das alles nicht und deshalb ihre Tu-nix- und Blockadehaltung.

Ein Argument, das die Atombefürworter immer wieder anführen: Die Atomenergie sei unverzichtbar, weil die erneuerbaren Energien nicht ausreichen würden, um deren Leistung CO₂-frei rechtzeitig ersetzen zu können. Diese Behauptung wird notorisch wiederholt, so dass sie auch viele glauben. Aber sie wird dadurch nicht wahr. Nur diese Landesregierung hat alles getan, um zu verhindern, dass es überhaupt zur Entfaltung Erneuerbarer Energien kommen konnte. Der bundesdeutsche Anteil der Stromproduktion aus Erneuerbaren Energien ist in den letzten sechs Jahren von 4 auf 11% angewachsen. Der hessische Anteil liegt bei nur 4%, überwiegend die schon lange bestehenden Wasserkraftwerke.

Erst in den letzten Tagen hat Umweltminister Dietzel öffentlich zugegeben, dass es bei der geforderten Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke darum geht, mit Hilfe einer für 2009 ersehnten Bundesregierung aus Union und FDP dauerhaft auf Atomkraft zu setzen, und Herr Koch hat sich offen für den Neubau von Atomkraftwerken eingesetzt. Wegen Ihrer Atomfixierung benehmen Sie sich technikfeindlich gegenüber Erneuerbaren Energien – und damit auch mittelstands- und kommunalfeindlich. Mit erneuerbaren Energien und Kraft-Wärme-Kopplung werden wenige atomare und fossile Großkraftwerke durch viele mittlere und kleine Anlagen abgelöst. Diese dezentrale Bereitstellung der Erneuerbaren Energien widerspricht dem Weltbild der CDU und der

Stromkonzerne, die ihr Produzenten-Oligopol nur durch atomare und fossile Großkraftwerke aufrechterhalten können. Das ist der wahre Grund für das sture Festhalten am bisherigen.

Die SPD will mit erneuerbare Energien und mit Kraft-Wärme-Kopplung die Chance eröffnen zur risikolosen Energiebereitstellung aus heimischen Quellen. Die Belebung der Regionalwirtschaft und eine Renaissance der Stadtwerke. Neue Einkommen für die Landwirtschaft und tausende von Arbeitsplätzen. Das ist unser Weg. Beim Heizen ist erst recht nicht Atomenergie die Alternative zum Erdöl und Erdgas, sondern das solare Bauen. Tausende Ingenieur- und Handwerksbetriebe warten auf die politischen Impulse durch eine entsprechende Baupolitik. Die Architekturfakultät in Darmstadt und deren Professoren und Studenten können Ihnen zeigen, wie man das macht und dabei fossile Energie und Geld spart.

Eine anderes Standardargument gegen die Energiewende sind die angeblich zu hohen Kosten. Das sagen die, die uns täglich mehr atomare und fossile Folgekosten und Umweltschäden aufbürden, die sie dann von unseren Kindern bezahlt bekommen wollen. Eines steht doch fest: Die konventionellen Energiekosten werden immer weiter steigen, schon weil die Brennstoffe knapper und teurer werden. Die Kosten für erneuerbare Energien und Energieeffizienz werden demgegenüber immer weiter sinken. Wer ihre Mobilisierung heute versäumt, treibt uns alle in die Energiefalle mit unbezahlbaren Folgen.

Die hessische Landesregierung sorgt sich offenbar mehr um die Zukunft von RWE und E.on als um die energetische Zukunftssicherung des Landes. Das trübt auch den Eindruck, den Wirtschaftsminister Riehl hinterlässt, wenn er hessischen Stromunternehmen die Strompreiserhöhungen verweigert. In der Tat wurde jahrelang versäumt, dem Strompreisgebaren auf die Finger zu schauen. Als 1998 noch von der von Union und FDP gestellten Bundesregierung die Liberalisierung der Stromwirtschaft durch eine Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes eingeleitet wurde, ist zugunsten der Stromkonzerne auf die Einführung einer Regulierungsbehörde verzichtet worden. Die Folge war, dass die Stromkonzerne freie Hand hatten, weit überhöhte Netzbenutzungstarife zu verlangen. Sie erzielten damit Extragewinne in zweistelliger Milliardenhöhe. Und was haben sie damit gemacht? Sie haben die regional- und Kommunalunternehmen aufgekauft.

Es war leider aber auch ein Versäumnis der rot/grünen Koalition, dieses nicht sofort nach 1998 zu korrigieren und eine Regulierungsbehörde einzuführen. Nachdem diese im Sommer 2005 mit der Bundesnetzagentur eingeführt wurde und der Netzbetrieb unter Kontrolle genommen wird, schalten jetzt die vier großen Stromkonzerne – auf der Basis eines 90%igen Erzeugermonopols – um und erhöhen die Erzeugerpreise; auch und nicht zuletzt für die Stadtwerke selbst.

Des Pudels Kern bei den Strompreissteigerungen sind die Stromkonzerne. Aber genau diese werden von der

Landesregierung unterstützt, nicht zuletzt durch deren Pro-Atom-Politik. Die einzige Lösung dieses Problems liegt darin, das Erzeugermonopol der Stromkonzerne zu brechen. Und das ist nur möglich durch den zügigen Ausbau Erneuerbarer Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung auf regionaler und kommunaler Ebene. Diese Energiewende zu beschleunigen ist das politische Gebot. Nichts ist schneller realisierbar als dieser Weg. Ein Großkraftwerk braucht viele Jahre Bauzeit. Dezentrale Anlagen sind demgegenüber in wenigen Tagen installiert.

Als Vorsitzende der hessischen SPD kündige ich Ihnen ein Landesenergieprogramm an in dem wir zeigen werden, dass eine Bedarfsdeckung ohne Atomkraftwerke – zeitlich parallel zum Ausstiegsplan auf der Basis des geltenden Bundesgesetzes bis 2020 – möglich ist, und dies bei gleichzeitiger Senkung der Klimagase und der Schaffung von zahlreichen neuen Arbeitsplätzen.

Das Jahr 2008 ist das energiepolitische Entscheidungsjahr. Dann wird Biblis abgeschaltet, wenn es nach geltendem Recht geht, der unserem politischen Willen entspricht. Die Beschäftigten in den Atommeilern brauchen keine Angst um ihre Arbeitsplätze zu haben. Ein stillgelegtes Atomkraftwerk muss noch viele weitere Jahre gewartet, überwacht und seine Entsorgung vorbereitet werden.

Und mit dem Abschalten von Biblis einer steht die Abwahl der CDU-Landesregierung an. Denn es bedarf einer neuen Landespolitik, um die Springflut an Investitionen für

Energieeffizienz und Erneuerbare Energien zu aktivieren, die ein neues Energiezeitalter ermöglichen – und einen breiten wirtschaftlichen Aufschwung für unser Land."